Morgen-Ausgabe. № 15.

Berliner Börsen-Zeitung.

Berlin, Dienstag, den 11. Januar 1910.

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich
für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Botenlohn,
für ganz Deutschland 9 Mk.
Oesterreich 13 Kr. 82 Hell., Rußland 4 Rub. 55 Kop., Holland 7 Fl. 50 Cts.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-Sendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen:
Für England in London bei Aug. Siegle 30 Lime Street E.C. und Cowie & Co. 19 Gresham Street E.C.

Als Besondere Beilagen erscheinen:
Verlobungs-Anzeiger.
Hotels- und Bäder-Anzeiger.
Vollständige Ziehungslisten der Preußischen Klassen-Lotterie.
Allgemeine Verlosungstabellen mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Insertions-Gebühr:
Die viergespaltene Zeile 50 Pf.
Reklameteil 1 Mk.

Telegramm-Adresse: Börsenkrone.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37.
Annahme der Inserate: In der Expedition.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 243.

Vom Tage.

Die neue Session des Preußischen Landtags wird heute mittag im Weißen Saale des Königlichen Schlosses eröffnet.

In der gestrigen Sitzung des bayerischen Abgeordnetenhauses wurde dem Vorgehen der Regierung zur Lösung der Frage der Schiffahrtsabgaben auf der Grundlage des preußischen Entwurfs zugestimmt.

Ministerpräsident Lukacs erstattete gestern dem Kaiser Franz Josef Bericht über seine Bemühungen zur Kabinettsbildung. Eine Entscheidung wurde noch nicht getroffen.

Das englische Parlament ist gestern formell aufgelöst worden. Am 15. Februar wird das neue Parlament zusammentreten.

Die parlamentarische Arbeit im neuen Jahre.

Nach einer längeren Pause setzt heute die parlamentarische Tätigkeit von neuem ein. Und zwar gleich gründlich. Denn mit dem heutigen Tage beginnt wiederum die für alle Beteiligten nichts weniger als angenehme vielwöchige Periode der Doppelsitzungen. Der Reichstag und der preußische Landtag werden in gewohnter Weise bis zum Eintritt der Osterferien mit einander wetteifern, gesetzgeberische Arbeit zu leisten, Wünsche und Beschwerden aus dem Lande zu verhandeln und die der Politik vorbehaltenen Spalten der Presse mit Stoff in solchen Mengen zu füllen, daß der Leser kaum imstande sein wird, sie zu bewältigen. Im Reichstag wie im Landtag ist ein umfangreiches Material zu erledigen, auch schon bis Ostern, was diesmal um so mehr Fleiß und Mühe erfordern wird, als die Spanne Zeit zwischen heute und den Osterferien wegen des frühen Ostertermins nur kurz ist. Mit der Beratung der Etats wird man sich daher, wofern man sie innerhalb der gesetzlichen Frist, noch vor dem 1. April, zur Verabschiedung bringen will, über die Maßen beeilen müssen. Im Landtage um so mehr, als hier die Session erst jetzt ihren Anfang nimmt und demgemäß auch erst heute die Einbringung des Staatshaushaltsetats erfolgen kann, während der Reichshaushaltsetat wenigstens schon die erste Lesung hinter sich hat. Den Vorsprung, den der Reichstag insofern aufzuweisen hat, wird freilich mehr oder weniger reichlich ausgeglichen durch besondere Arbeits-Verpflichtungen, mit denen erst aufzuräumen ist, ehe an die Detailberatung des Etats herangetreten werden kann. Es ist da vor allem zu denken an eine Vielheit von Interpellationen von hervorragendem politischem Interesse, sowie demnächst an die noch zu absolvierenden ersten Lesungen der in der vorigen Session unter den Tisch gefallenen und jetzt erneut vorliegenden Justiz-Novellen (zur Strafprozeßordnung und zum Strafgesetzbuch) und des Reichsbeamten-Haftpflichtgesetzes.

Trotz des Zeitmangels wird zweifellos auch über den Handelsvertrag mit Portugal noch vor Ostern definitiv Beschluß gefaßt werden müssen und ebenso über die kolonialen Nachtragsforderungen für Eisenbahnzwecke. Und wenn man da erwägt, welche Fülle von Stoff zu umfangreichen und leidenschaftlichen Auseinandersetzungen der Reichshaushaltsetat von je her bietet — und diesmal absonderlich der Etat des Post- und Telegraphen- und Fernsprechwesens wegen der auf Verteuerung der Fernsprechgebühren gerichteten Absichten, sowie außerdem der Etat des Reichsversicherungsamtes —, so wird man hinter die Etat-Verabschiedung noch vor Ostern wohl noch ein Fragezeichen machen dürfen. Sogar für den Fall, daß auf sogenannte „Schwerinstag" einstweilen gänzlich verzichtet wird. Geschieht dies wirklich, obwohl gleich nach Zusammentritt des anfangs 1907 gewählten Reichstages der Seniorenkonvent den löblichen Beschluß faßte, den lange vernachlässigten Schwerinstagen endlich einmal wieder zu ihrem Rechte zu verhelfen, so bewährt sich auch da wiederum die Weisheit des alten Scherzwortes: nimm Di nix vör, so sleiht Di nix fehl!

Auch im Landtage wird, wie schon bemerkt, der Etat den Hauptbestandteil des Arbeitspensums bilden, wenigstens vorläufig. Und im Verein mit dem Etat selbst die heikle Frage, wie derselbe ins Gleichgewicht zu bringen ist, nicht nur für den Augenblick, sondern für die Dauer. Die Steuergesetze des letzten Frühjahrs haben mit ihren 25 prozentigen Zuschlägen zur Einkommensteuer bekanntlich nur eine provisorische Abhülfe geschafft und schaffen sollen. Was für definitive Vorschläge der Leiter des Finanzministeriums machen wird, bleibt abzuwarten. Ebenso, welche Formen für die längst angestrebte reinliche Scheidung zwischen dem allgemeinen Staatshaushalt und dem Spezialetat der Eisenbahnverwaltung etwa werden in Vorschlag gebracht werden. Was vielleicht sonst noch den Landtag in seiner neuen Session an gesetzgeberischen Entwürfen beschäftigen wird — wahrscheinlich erst nach Ostern — dürfte zumeist auf Kleinkram hinauslaufen. Nur eine Frage, eine einzige, von der ebenso zu erwarten wie zu erhoffen steht, daß sie in der heute fälligen Thronrede gebührenden Raum finden werde, ist von höchster politischer Wichtigkeit: Die Frage der Wahlreform in Preußen. Es ist nach allem, was über sie in den letzten Wochen und Monaten in der Oeffentlichkeit gesagt und geschrieben worden ist, völlig überflüssig, auf sie an dieser Stelle näher einzugehen. Nur eins wird hier klipp und klar ausgesprochen werden dürfen:

Eine Wahlreform, die es etwa unterlassen sollte, den bisherigen Modus öffentlicher Stimmabgabe durch die geheime zu ersetzen, wird von vornherein auf den Anspruch verzichten müssen, als eine wirkliche Reform anerkannt zu werden. Mag auch gleichviel wer noch so oft und noch so pathetisch mit der Behauptung hausieren gehen, daß die geheime Wahl „zur politischen Charakterlosigkeit erziehe", so ist und bleibt doch gerade genau das Gegenteil richtig. Ein Wahlgesetz, das grundsätzlich an der öffentlichen Stimmabgabe festhält, wird daher nun und nimmermehr von dem Gros der Bevölkerung als eine abschließende Reform des Wahlrechts als eine abschließende Reform des Wahlrechts anerkannt und akzeptiert werden. Darüber wird sich trotz allen anscheinenden Sträubens auch der gegenwärtige Leiter der Geschäfte in Staat und Reich klar werden müssen.

Telegramme.

Köln, 10. Januar. (Priv.-Tel. d. B. B.-Z.) Unter der Ueberschrift „Wohin geht die Reise" schreibt die „Köln. Volksztg.": Am Dienstag wird der deutsche Reichstag seine Beratungen wieder aufnehmen und der preußische Landtag zusammentreten. Dann muß es sich zeigen, welchen Kurs der neue Reichskanzler und preußische Ministerpräsident in Betreff der Steuern inne zu halten gedenkt. Er hat sich bis jetzt sehr zurückgehalten und lediglich eine Aufforderung zu gemeinsamer Arbeit an die Parteien gerichtet, wogegen nicht das Mindeste zu erinnern war. Auf die Dauer wird aber Bethmann Hollweg nicht daran vorbeikommen, zu den in letzter Zeit immer häufiger in die Erscheinung getretenen kulturkämpferischen Velleitäten Stellung zu nehmen, von nationalliberaler und freisinniger Seite hat es an Verstößen in dieser Richtung nicht gefehlt, namentlich konnte die Bassermannsche Tirade vom „Kampf gegen Rom" auf dem Berliner Delegiertentage der nationalliberalen Partei in Berlin nicht unbemerkt bleiben. Die „Köln. Ztg." stellt sich so an, als sehne sich die Zentrumspartei und die Zentrumspresse nach neuem Kulturkampf. Wir wissen uns jedenfalls von einer solchen Sehnsucht frei. Ein kirchenpolitischer Konflikt kann nur dem Staate und der Kirche schwere Wunden schlagen. Es wäre frivol, ihn herbeizuwünschen. Die Zentrumspolitik läßt sich auch ohne den Hintergrund kirchenpolitischer Verwickelungen sehr wirkungsvoll vertreten. Darauf ist die Probe hinlänglich gemacht worden. Wir sind nie in Verlegenheit geraten, wie man Zentrumspolitik zu treiben habe, auch wenn kein Kulturkampf in Sicht war. Kein einsichtiger Katholik will einen neuen Kulturkampf. Kein einsichtiger Vaterlandsfreund, gleichviel welcher Konfession er angehört, kann ihn wollen. Sollte man aber an maßgebenden Stellen der Ansicht sein, daß wieder einmal Krieg gegen die katholische Kirche in Deutschland geführt werden müsse, so wird, daran zweifeln wir nicht, dieselbe Ueberzeugungstreue, Opferwilligkeit und Geschlossenheit, welche die deutschen Katholiken und die aus ihrer Mitte hervorgegangene große Zentrumspartei in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bewährt haben, vor der Bismarck auf der Höhe seiner Macht im Gefühle seiner Verantwortlichkeit für das Staatswohl einlenkte, sich aufs neue bewähren. Wir wollen damit den Kulturkampf nicht an die Wand malen. Aber man kann auch nicht an den mancherlei Anzeichen, welche neuerdings zutage getreten sind, achtlos vorübergehen. In den nächsten Tagen wird man wohl klarer sehen.

(Man wird nicht verkennen, daß diese Apostrophe an die katholische Welt gerichtet ist, im übrigen aber als Beweis der politischen Schlauheit, aber nur als diese, entsprechende Beachtung finden wird. D. Red.)

London, 10. Januar. (C. T. C.) Der König unterzeichnete heute nachmittag in dem Ministerrate, der im Buckinghampalaste stattfand, die Proklamation, durch die das Parlament formell aufgelöst wird. Das neue Parlament wird am 15. Februar zusammentreten.

London, 10. Januar. (C. T. C.) Die Proklamation, durch die das Parlament formell aufgelöst wird, wurde gleich nach der Unterzeichnung durch den König der Kronkanzlei übergeben, welche sofort mit der Ausgabe der Parlamentswahlbefehle begann. Ein neuer charakteristischer Zug bei dieser Ausgabe war der Gebrauch von Motorwagen, welche die Wahlbefehle den um London gelegenen Bezirken übermittelten. Auf diese Weise wurden 88 Wahlbefehle befördert, der Rest wurde durch die Post versandt. Chamberlain wird als einer der Ersten, da kein Gegenkandidat aufgestellt ist, als Vertreter des Wahlkreises Westbirmingham in das Parlament zurückkehren. Die ersten Wahlkämpfe sollen am Sonnabend in 63 Wahlkreisen, von denen 12 zu London gehören, ausgefochten werden.

Melilla, 10. Januar. (C. T. C.) Der spanische Minister der öffentlichen Arbeiten ist gestern bei den Beni Sikar eingetroffen. Er hat mehrere Eingeborene, unter anderen den Führer der Rebellen Abd el Kader, empfangen und sich von ihnen das Gelöbnis der Unterwerfung erneuern lassen. Der Minister erklärte, es sei der Wunsch Spaniens, zum Wohlergehen der Rifleute beizutragen, doch werde Spanien auch jede Feindseligkeit zu strafen wissen.

Kingston (Jamaica), 10. Januar. (C. T. C.) Der Dampfer „Prinz Joachim" ist bei Plumpoint aufgelaufen.

Djeddah, 10. Januar. (C. T. C.) Hier ist amtlich Ausbruch der Pest festgestellt worden.

(Siehe auch in der I. und II. Beilage.)

Amtliche Nachrichten.

Der König hat dem Amtsgerichtsrat a. D. Max Martini zu Breslau, bisher in Königsberg i. Pr., dem Pastor prim. und Kreisschulinspektor Dr. Johannes Hornburg zu Stralsund, dem Seminardirektor Franz Thiel zu Thorn, dem Stadtverordneten und Beigeordneten, Ziegeleibesitzer Karl Schmitz zu Odenkirchen im Landkreise M.-Gladbach, den Oberpostsekretären a. D. Gustav Wernicke zu Sorau N.-L. und Hugo Winter zu Schöneberg bei Berlin den Roten Adlerorden vierter Klasse,
dem Kirchmeister und Beigeordneten, Rentner Ernst Thienes zu Walddröl, dem Prokuristen Julius